



LAND BRANDENBURG

Abschrift

Amt für Immissionsschutz  
Wünsdorf

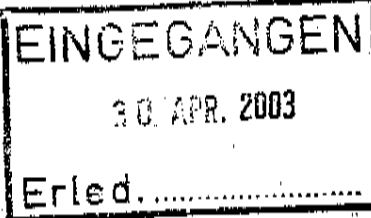
Amt für Immissionsschutz Wünsdorf

Am Baruther Tor 12

15838 Wünsdorf

Anwaltskanzlei  
Dr. Detlev Löchel  
Elisabeth Stenzel  
Matterhornstraße 98

14129 Berlin

Am Baruther Tor 12  
Verwaltungszentrum C  
15838 WünsdorfBearb.: Frau Lehmann  
Akt.Z.: BB 019 uff./236-246/440

Ihr Akt.Z.:

Hausruf: (033702) 7 31 -55

Fax: (033702) 7 31 -99

Internet: www.brandenburg.de  
Bärbel Lehmann@afi-wdf.brandenburg.de

Wünsdorf, den 29.04.2003

**Pferdehaltungsanlage und Pferdepension Ihres Mandanten Herrn Bergthor Eggertsson in 14947 Nuthe-Urstromtal/OT Dobbrikow, Nettgendorfer Str. 07**  
hier: Anhörung nach § 28 Abs.1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) vor beabsichtigtem Erlass einer Ordnungsverfügung  
Meine Anlagenkontrolle vom 21.11.2002

Anlage: Lageplan

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Dr. Löchel,

ich beabsichtige, für die Pferdehaltungsanlage und Pferdepension Ihres Mandanten Herrn Eggertsson eine Ordnungsverfügung zu erlassen. Diese gebe ich Ihnen im Entwurf unter Bezugnahme auf § 28 des Verwaltungsverfahrensgesetzes zum Zwecke der Anhörung nachfolgend bekannt. Soweit eine persönliche Anrede gewählt ist, richtet sich diese an Ihren Mandanten.

**„Ordnungsverfügung  
mit Androhung von Zwangsgeld**

Gemäß § 24 S. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der derzeit geltenden Fassung ordne ich Folgendes an:

1. Die Haltung von mehr als **fünf Pferden** gleichzeitig auf den bisher genutzten Freiflächen (Paddocks und Hofgelände) der Pferdehaltungsanlage „Islandgestüt Moorhoof Dobbrikow“ in 14947 Nuthe Urstromtal/OT Dobbrikow, Nettgendorfer Straße 07 (wohl Flurstücke 51 und 251, vgl. Kenntlichmachung in beiliegendem Plan) wird untersagt.

Seite 2

Amt für Immissionsschutz  
Wünsdorf

2. Sollten Sie der unter Ziffer 1 getroffenen Anordnung nach deren Bestandskraft zuwiderhandeln, drohe ich Ihnen hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von

5.000.00 €

(in Worten fünftausend Euro)

an.

3. Diese Entscheidung ist gebührenpflichtig. Gemäß Tarfstelle 2.2.1 der Gebührenordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (GebO MLUR) wird die vom Gebührenschuldner (Herr Eggertsson, 14947 Nuthe-Urstromtal/OT Dobbrikow, Nettgendorfer Straße 07), zu erhebende Gebühr auf

400 €

(in Worten vierhundert Euro)

festgelegt. Ich bitte um Überweisung des genannten Betrages entsprechend den Angaben auf der beiliegenden Rechnung. Bitte benutzen Sie den vorgedruckten Überweisungsträger. Die Gebühr wird mit Bekanntgabe dieses Bescheides fällig. Werden Gebühren bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag nicht entrichtet, so können Säumniszuschläge erhoben werden.

### Begründung:

#### I. Sachverhalt

Sie betreiben seit dem Jahre 2000 unter der o.g. Adresse eine Pferdezucht und eine Pferdepension. Hierzu nutzen Sie seit langem vorhandene, von Ihnen gepachtete Gebäude einer früheren bäuerlichen Wirtschaftsstelle (Wohnhaus, Stall links, Torscheune, Stall rechts, Scheune, vgl. Lageplan), die seit 1996 wohl Nebenverweiszwecken und davor viele Jahre nur Wohnzwecken diente. Diese ist eingebettet in ein im Flächennutzungsplan der Gemeinde als „Mischbaufläche“ dargestelltes Gebiet. In der näheren Umgebung befinden sich neben einer Gaststätte ganz überwiegend Einfamilienhäuser. Genutzte Wirtschaftsstellen landwirtschaftlicher Betriebe sind in der Umgebung nicht vorhanden. Vereinzelt werden in der Umgebung einige wenige Tiere, auch Pferde, gehalten.

Von Ihnen wird auch eine gepachtete Freifläche (ca. 30-60 m breit und ca. 160 m lang) hinter dem Pferdehof als Auslauf für die Pferde benutzt. Diese grenzt u.a. unmittelbar an mit Einfamilienhäusern bebaute Nachbargrundstücke im Gemeindegebiet des Dorfes sowie den Außenbereich. Auf dieser von Ihnen eingefriedeten, ca. 8000 m<sup>2</sup> großen Freifläche haben Sie fünf offene Unterstände (Holzbauweise) unterschiedlicher Größe zwischen 64 und 12 Quadratmetern und einen Boxenstall von ca. 53 Quadratmetern Größe errichtet (vgl. Ihren Lageplan). Drei der Unterstände, darunter der Größte, wurden Nahe der Nachbargrenze zu den bebauten Grundstücken errichtet.

Seite 3

Amt für Immissionsschutz  
Wünsdorf

Eine Baugenehmigung haben Sie für keine der Anlagen beantragt oder erhalten.

Sie selbst halten bis zu vier Island-Zuchtpferde (Ponys) und einige Jungpferde. Nach Ihren Angaben stehen auf den Freiflächen hinter der Hofstelle (Flurstücke 74, 251, vgl. rot umrandete Flächen auf dem Lageplan) nahezu ständig bis zu 65 Pensionspferde, die Kapazität des Hofes beschreiben Sie mit ca. 70-90 Pferden. Überwiegend handelt es sich dabei um Islandpferde mit einem Gewicht von bis zu 350 kg. Bei tierärztlicher Indikation stehen einige der Pferde in den Ställen. Dies kommt jedoch nicht häufig vor. Sie verfügen nach Ihren Angaben, die Sie z.T. durch Vorlage eines Pachtvertrages belegten, ständig über ca. 40 ha von Ihnen bewirtschafteter landwirtschaftlicher Fläche. Die Weideflächen hätten für eine Versorgung aller Tiere in den Sommermonaten ausgereicht. Mit der produzierten Silage von 370 Ballen zu 300 kg stünde auch genügend selbst erzeugtes Winterfutter zur Verfügung.

Gegen Staubemissionen würden die Freiflächen bei Trockenheit vor dem Auftrieb mittels Sprengern befeuchtet. Exkremente würden täglich abgesammelt.

Seit dem 14.05.2002 liegen mir mehrfach geäußerte Beschwerden von Nachbarn insbesondere über starke Staub- und Geruchsemissionen, überwiegend verursacht durch die im Freien gehaltenen Pferde, vor. Insbesondere klagten die Nachbarn über starken Urin- und Kotgeruch, der weite Teile des Dorfes überziehe und Ekel erregt habe. Während Regenperioden sei dies besonders auffällig, da die Pferde dann z.T. im Schrämm stünden und eine Kotberäumung nicht ausreichend erfolge und auch nicht erfolgen könne. Auch während Trockenperioden ergäben sich Belästigungen durch verdunstenden Urin und Staub.

Bei einer Kontrolle durch Mitarbeiterinnen meines Amtes am 21.11.2002 wurde festgestellt, dass von Ihrer Anlage starke Emissionen ausgehen. Der Boden der Auslaufläche war überwiegend schlammig und z.T. mit Wasser bedeckt. Ein nennenswerter Bewuchs konnte nicht beobachtet werden. Es roch stark nach Exkrementen. Die Pferde hielten sich, ihrer Natur als Fluchttiere entsprechend, auf dem leicht abschüssigen Gelände überwiegend am höchsten Punkt, der Grenze zu den bebauten Nachbargrundstücken, auf. Dort waren auch Exkrementreste in besonders großer Menge zu beobachten.

Die Gemeindeverwaltung Nuthe-Urstromtal teilte meinem Amt u.a. mit, dass immer wiederkehrend Anwohner des Ortsteiles Dobbrikow Beschwerden gleichen Inhalts dort vortragen und Einschreiten fordern. Man teilte auch mit, dass eine Pferdehaltungsanlage in solchem Umfang im Ortsteil Dobbrikow in den davor liegenden Jahren nicht vorhanden war. Im Rahmen des hiesigen Verwaltungsverfahrens habe ich auch die untere Bauaufsichtsbehörde, das Landwirtschaftsamt, das Veterinäramt und die untere Wasserbehörde befragt. Diese hatten im Rahmen ihrer Zuständigkeiten keine Bedenken gegen den Anlagenbetrieb.

Amt für Immissionsschutz  
Wünsdorf

Seite 4

## II. Rechtliche Würdigung

### zu 1. des Tenors, Betriebsteiluntersagung

Gemäß § 24 Satz 1 BImSchG kann ich im Einzelfall erforderliche Anordnungen treffen, die zur Durchführung des § 22 BImSchG dienen.

Meine Zuständigkeit ergibt sich aus der lfd. Nr. 1.2.1 der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Immissions- und Strahlenschutzes (Immissionsschutzzuständigkeitsverordnung).

Gemäß § 22 Abs. 1 BImSchG sind Betreiber nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen verpflichtet, diese so zu errichten und zu betreiben, dass

1. schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind,
2. nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden und
3. die beim Betrieb der Anlage entstehenden Abfälle ordnungsgemäß beseitigt werden können.

Die von Ihnen betriebene Pferdehaltungsanlage und Pferdepension ist immissionsschutzrechtlich nicht genehmigungsbedürftig. Die für die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbedürftigkeit in Frage kommenden Mengenschwellen der Ziff. 7.1b der Vierten Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) [50 Großvieheinheiten -GV- oder mehr als 2 GV je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche] werden nicht erreicht. Der Anlagenbegriff, auch für die Freiflächen, dürfte unstreitig gegeben sein (§ 3 Abs. 5 BImSchG).

Schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des § 22 BImSchG sind nach § 3 Absatz 1 BImSchG Immissionen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen.

Immissionen sind gem. § 3 Abs. 2 BImSchG u.a. auf Menschen einwirkende Luftverunreinigungen, Geräusche und ähnliche Umwelteinwirkungen. Luftverunreinigungen sind Veränderungen der natürlichen Zusammensetzung der Luft, insbesondere u.a. durch Staub, Gase, Dämpfe oder Geruchsstoffe.

Solche Einwirkungen liegen mindestens durch die von der Pferdehaltung ausgehenden Gerüche vor.

Die Erheblichkeitsgrenze ist ebenfalls überschritten.

Unmittelbar für den Fall konkrete Regelungen enthaltende Normen oder Technische Regelwerke zur Beurteilung der Erheblichkeitsgrenze derartiger Immissionen i.S. des § 3 Abs. 2 BImSchG sind nur bedingt vorhanden.

Seite 5

Amt für Immissionsschutz  
Wünsdorf

Anzuwenden habe ich zunächst insoweit die Brandenburger Richtlinie zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen (Brandenburger Geruchsimmissions-Richtlinie - GIRL Bbg). Diese ist auch für die Beurteilung von Geruchsimmissionen nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen grundsätzlich einschlägig (Ziff. 0).

Für Tierhaltungsanlagen ist zunächst zu prüfen, ob die Ziff. 5.3 in Frage kommt, ansonsten gelten die allgemeinen Regeln. Die Ziff. 5.3 ist jedoch überwiegend nur für genehmigungsbedürftige Anlagen von Bedeutung und enthält im Übrigen nur die Grundaussage, dass Schutz und Vorsorge vor erheblichen Geruchsbelästigungen, die durch den Betrieb von Tierhaltungsanlagen und deren Nebenanlagen verursacht werden können, vorzugsweise durch einen ausreichenden Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung erreicht werden sollen. Dieser ist in Ihrem Fall sehr gering, da die Freiflächen unmittelbar an bewohnte Grundstücke grenzen.

Mithin habe ich die übrigen Regelungen der GIRL zu überprüfen. Diese definieren die Erheblichkeitsgrenze schädlicher Umwelteinwirkungen für den Regelfall über Immissionswerte (Ziff. 5.1). Dies sind relative Häufigkeiten von Geruchsstunden, die zuvor nach einem bestimmten Schema (i.d.R. Rasterbegehungen) zu ermitteln sind (Ziff. 4 der GIRL). Für Dorfgebiete hält die GIRL einen Wert von 0,15 (entspricht 15 % relativer Häufigkeit der Geruchsstunden pro Jahr) für verträglich. Im vorliegenden Fall bedarf es jedoch keiner solchen Ermittlung. Zwar hat gem. Ziff. 4 der GIRL bei der Beurteilung von vorhandenen Geruchsimmissionen deren Ermittlung grundsätzlich durch Begehungen im Beurteilungsgebiet unter Einsatz von Probanden oder aus berechneten Immissionswerten zu erfolgen. Die Berechnung kann insbesondere dann vorgenommen werden, wenn aufgrund vorliegender Messungen oder Schätzungen anzunehmen ist, dass die vorhandene Belastung 70 v. H. des anzuwendenden Immissionswertes nach Tabelle 2 im Abschnitt 5.1 unterschreitet oder wenn die Ermittlung der Belastung durch Begehungen als unverhältnismäßig eingeschätzt werden muss.

Eine Berechnung nach einschlägigen Modellen scheidet jedoch aus, da im Nahbereich und in Anbetracht der diffusen Quelle eine solche nicht möglich bzw. sinnvoll ist, wie auch die zuständige Fachabteilung I10 des Landesumweltamtes mir bestätigte. Ermittlungen für Nahbereichskonstellationen mit diffusen Geruchsquellen werden bestenfalls durch einfache Abschätzungen anhand der Windrichtungshäufigkeitsverteilung durchzuführen sein. Im extremen Nahbereich wie vorliegend (weniger als 30m) führt dies aber dazu, dass bereits die erfahrungsgemäßen Schwachwindanteile bzw. Windstillen eine höhere Geruchshäufigkeit als 15 % der Jahresstunden erbringen. Allein die Windstilleanteile machen 5-10% der Jahresstunden aus.

Die Begehung durch Probanden über einen Zeitraum von einem Jahr (so die Regeldauer) wird in Anbetracht der besonderen Nahsituation und in Anbetracht des Aufwandes im Vergleich zum möglichen Ergebnis ebenfalls für ungeeignet gehalten, im konkreten Fall den Nachweis der Schädlichkeit/Unschädlichkeit der Einwirkungen zu erbringen.

Seite 6

Amt für Immissionsschutz  
Wünsdorf

So wäre selbst bei Unterstellung des Nachweises der Einhaltung der Werte durch Begehung, was allerdings eher fern liegt, eine Einzelfallprüfung nach Ziffer 5.4 der GIRL vorzunehmen und eine Abwägung durchzuführen.  
Diese fällt zu Ihren Ungunsten aus.

Gemäß Ziff. 5.4 der GIRL ist für die Beurteilung, ob schädliche Umwelteinwirkungen durch Geruchsimmissionen hervorgerufen werden, ein Vergleich der nach dieser Richtlinie zu ermittelnden Kenngrößen mit den in Tabelle 2 festgelegten Immissionswerten u.a. nicht ausreichend, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass wegen der außergewöhnlichen Verhältnisse hinsichtlich Art (z. B. Ekel und Übelkeit auslösende Gerüche) und Intensität der Geruchseinwirkung oder sonstiger atypischer Verhältnisse trotz -unterstellter- Einhaltung der Immissionswerte schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden können. Nach § 3 Abs. 1 BImSchG sind nur erhebliche Geruchsbelästigungen als schädliche Umwelteinwirkungen zu werten. Die Erheblichkeit ist keine absolut festliegende Größe. Sie kann in Sonderfällen durch Abwägung der dann bedeutsamen Umstände festgestellt werden.

Dabei sind - gegebenenfalls unter Berücksichtigung der bisherigen Prägung eines Gebietes durch eine bereits vorhandene Geruchsbelastung - insbesondere folgende Beurteilungskriterien heranzuziehen:

- der Charakter der Umgebung, insbesondere die in Bebauungsplänen festgelegte Nutzung der Grundstücke,
- landes- oder fachplanerische Ausweisungen und vereinbarte oder angeordnete Nutzungsbeschränkungen,
- besondere Verhältnisse in der tages- und jahreszeitlichen Verteilung der Geruchseinwirkung sowie Art (z. B. Ekel oder Übelkeit auslösende Gerüche) und
- Intensität der Geruchseinwirkung.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass die Grundstücksnutzung mit einer gegenseitigen Pflicht zur Rücksichtnahme belastet sein kann, die unter anderem dazu führen kann, dass der Belästigte in höherem Maße Geruchseinwirkungen hinnehmen muss. Dies wird besonders dann der Fall sein, soweit einer emittierenden Anlage Bestandsschutz zukommt. In diesem Fall können Belästigungen hinzunehmen sein, selbst wenn sie bei gleichartigen Immissionen in anderen Situationen als erheblich anzusehen wären.

In Ihrem Fall liegen zahlreiche, in Anbetracht der Kontrollergebnisse nachvollziehbare Beschwerden über ekelerregende Gerüche vor.

Die Pferdehaltung von dauerhaft mehr als 60 Pferden in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung bzw. den Grundstücksgrenzen der Nachbarn in relativer zentraler Lage im Dorf, auch wenn die Freiflächen selbst wohl Außenbereich darstellen, stellt insoweit nachvollziehbar eine starke Belästigung durch ekelerregende Gerüche, verursacht durch die hohe Exkrementbefrachtung, auf die Nachbarbebauung dar.

Seite 7

Amt für Immissionsschutz  
Wünsdorf

Bestandsschutzgesichtspunkte sprechen nicht für Sie. Die Pferdehaltung selbst wird erst seit 1996 wieder betrieben und seit 2000 stetig ausgebaut. Das Gemeindegebiet von Dobbrikow hat seit sehr langer Zeit außer der Ihnen keine typischen Wirtschaftsstellen landwirtschaftlicher Betriebe aufzuweisen. Vielmehr befinden sich dort eher dem Charakter eines allgemeinen Wohngebietes entsprechende Nutzungen. Selbst wenn man Dorfgebietscharakter unterstellt, wäre die Art und Weise der Nutzung aber nicht belästigungsverträglich mit den umliegenden Nutzungen.

Die Tatsache, dass das Grundstück zudem zu den Grundstücksgrenzen der Nachbarn ansteigt und die Tiere sich besonders häufig an der Grenze aufhalten, verstärkt die Belästigungssituation.

Auch das Fehlen einer Grasnarbe und die häufiger vorkommende Vernässung der Flächen verschärfen den Konflikt.

Die Verfügung ist im Übrigen geeignet und erforderlich, dem Anliegen des § 22 BImSchG Rechnung zu tragen.

Gemäß § 22 Abs. 1 Ziff. 1 BImSchG hat die Verhinderung schädlicher Umwelteinwirkungen primär durch Einhaltung des Standes der Technik zu erfolgen.

Stand der Technik im Sinne dieses Gesetzes ist der Entwicklungsstand fortschrittlicher Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen, der die praktische Eignung einer Maßnahme zur Begrenzung von Emissionen in Luft, Wasser und Boden, zur Gewährleistung der Anlagensicherheit, zur Gewährleistung einer umweltverträglichen Abfallentsorgung oder sonst zur Vermeidung oder Verminderung von Auswirkungen auf die Umwelt zur Erreichung eines allgemein hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt gesichert erscheinen lässt. Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere die im Anhang zum BImSchG aufgeführten Kriterien zu berücksichtigen, die für den Fall aber kaum relevant sind. Emissionen im Sinne dieses Gesetzes sind die von einer Anlage ausgehenden Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen.

Die Vorschrift des § 22 BImSchG unterstellt in Ziffer 1 zunächst, dass der Betrieb von Anlagen in der Mehrzahl der Fälle notwendigerweise mit Emissionen verbunden ist und daraus resultierende schädliche Umwelteinwirkungen nach dem Stand der Technik im o.g. Sinne zu vermeiden sind. Ein einheitlicher Stand der Technik ist für Pferdehaltungsanlagen im Freien wohl nicht definierbar. An technischen Maßnahmen zur Geruchsminderung wäre nur an die Befestigung und Einhausung der Flächen zu denken. Dies zu verlangen wäre wohl unrealistisch und zudem unverhältnismäßig, geschweige denn in diesem Umfang baurechtlich zulässig. Zu diskutieren wäre im Zusammenhang damit zwar auch, ob die hohe Befrachtung mit Exkrementen allgemein umweltverträglich mit Blick auf die Schutzgüter Wasser und Boden ist. Dies halten die Fachbehörden allerdings nicht für kritisch.

Allerdings verlangt Ziff. 2 des § 22 BImSchG, dass nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt

Seite 8

Amt für Immissionsschutz  
Wünsdorf

werden. Ein bestimmtes Maß an Immissionen muss insoweit von der Nachbarschaft und Allgemeinheit hingenommen werden, wobei dem nachbarschaftlichen Interessenausgleich besondere Bedeutung zukommt. Das Interesse am Schutz vor benachteiligenden oder belästigenden Umweltstörungen muss den Vorrang haben, soweit es von der Mehrzahl der Bürger nach vernünftiger Abwägung in Anspruch genommen werden kann. In jedem Fall ist zu beachten, dass derjenige, der durch seine Anlage schädliche Umwelteinwirkungen verursacht, nicht das Recht hat, seine Anlage zu Lasten der Nachbarn oder der Allgemeinheit mit dem geringst möglichen Kostenaufwand zu betreiben.

Insoweit scheint die Begrenzung der Tierzahl am Besten geeignet, dieses Mindestmaß an Schutz zu gewährleisten. Alternativ könnte man auch die Schaffung von Abstandsflächen in Betracht ziehen. Dies scheint in Anbetracht des ohnehin recht schmalen Grundstücks aber nicht geeignet, eine Besserung herbeizuführen.

Im Übrigen verfügen Sie über andere Weideflächen, die ebenfalls als Stellflächen genutzt werden können. Deshalb belastet Sie die Verfügung auch nicht übermäßig; auch wenn nicht verkannt wird, dass dadurch erheblicher Organisationsmehraufwand entsteht. Insbesondere führt diese den Betrieb Ihrer Pension regelnde Verfügung nicht dazu, dass Sie den Betrieb völlig einstellen müssen, was nur nach § 25 BImSchG bei Vorliegen von Gesundheitsgefahren zu verfügen möglich wäre.

Eine Reduzierung des Tierbestandes im Freien auf bis zu fünf Pferde hingegen lässt für die Betroffenen eine Besserung der Immissionssituation erwarten. Die dabei dann noch auftretenden Immissionen werden aber als dorftypisch und hinnehmbar für die Nachbarschaft und Allgemeinheit eingeschätzt.

Die Tatsache, dass die Baugenehmigungsbehörde die Anlage für genehmigungsfrei hält, oder veterinärrechtliche Bedenken nicht bestehen, steht dem Erlass der Verfügung nicht entgegen. Die Ermächtigungsgrundlagen des Baurechts oder anderer Rechtsgebiete und des Immissionsschutzrechtes sind parallel anwendbar, soweit kein rechtswidriger Zustand eintritt. Letzteres wäre hier nicht zu beobachten.

Um die Durchführung der vorgenannten Maßnahme sicherzustellen, halte ich es für erforderlich, für die verlangte Unterlassung das Zwangsmittel des Zwangsgeldes gemäß § 23 VwVGBbg anzudrohen. Nach § 20 VwVGBbg kann das Zwangsgeld auf mindestens 10.00 € und höchstens 50.000.00 € festgesetzt werden. Das angedrohte Zwangsgeld halte ich in Anbetracht des bei der Pferdepension erzielten Gewinns als angemessen und notwendig, aber auch als zunächst ausreichend.

Die Berechtigung zur Gebührenerhebung ergibt sich aus den o.g. Vorschriften. Diese erlauben die Erhebung einer Gebühr von 51 bis 1.023 Euro. Gemäß § 9 des Gebührengesetzes habe ich bei der Ermessensausübung bezüglich der Gebührenhöhe den Verwaltungsaufwand und die wirtschaftliche Bedeutung für Sie zu



Seite 9

Amt für Immissionsschutz  
Wünsdorf

würdigen. Die Gebühr unterhalb der Mittelgebühr erscheint mir insoweit angemessen, wenn man berücksichtigt, dass Vor-Ort kontrolliert werden musste, einige Recherchen erforderlich waren und der Betrieb keinen nur geringen Umfang hat.

### III. Rechtsquellenverzeichnis:

1. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 04.10.2002 (BGBl. I S.3831ff)
2. Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) i.d.F. der Bekanntmachung vom 04.08.1998 (GVBl. I S. 178 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18.12.2001 (GVBl. I/01 S. 298),
3. Vierte Verordnung zur Durchführung des BImSchG (4. BImSchV) vom 24.07.1985 (BGBl. I S. 1569), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27.07.2001 (GVBl. I S. 1950),
4. Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Immissions- und Strahlenschutzes (Immissionsschutzzuständigkeitsverordnung-ImSchZV) i.d.F. der VO vom 15.09.1999 (GVBl. I S. 509), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.10.2001 (GVBl. I/01 S. 146, 148),
5. Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg (VwVGBbg) vom 18.12.1991 (GVBl. I S. 661), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18.12.2001 (GVBl. I S. 298),
6. Gebührengesetz für das Land Brandenburg (GebG Bbg) vom 18.10.1991, geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18.12.2001 (GVBl. I/01 S. 298),
7. Gebührenordnung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (GebO MLUR) vom 17.12.2001 (GVBl. II S.10),
8. Brandenburger Richtlinie zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsmissionen (Brandenburger Geruchsmissions-Richtlinie - GIRL Bbg) vom 17. Februar 2000, Quelle: <http://www.brandenburg.de/land/miur/politik/recht/girl.htm>

Ich gebe Ihnen hiermit unter Bezugnahme auf § 28 VwVfG Bbg Gelegenheit, sich binnen zwei Wochen zum o.g. Verfügungsentwurf schriftlich oder mündlich zur Niederschrift zu äußern. Sofern Sie die Angelegenheit besprechen möchten, bitte ich um vorherige Terminvereinbarung.

Hochachtungsvoll

  
Dr. Graßmann  
Amtsleiter